gehalt bekommen, als die der oberen Gruppen. Diese Zusage ist dadurch verwirklicht worden, daß die prozentualen Erhöhungen der Grundgehälter sich auf der Skala von 25 bis 18 Prozent von unten über die mittleren Gruppen nach oben bewegen.

Die parlamentarischen Verhandlungen werden sich deshalb einigermaßen schwierig gestalten, weil einige Länderregierungen, vor allem Bayern und Württemberg, erklärt haben, daß sie ohne einen vom Reiche zu zahlenden Zuschuß die unvermeidliche Auswirkung der Besoldungsreform im Reiche auf die einzelstaatlichen Beamten nicht zu tragen vermöchten; das Reich lehnt aber eine weitere Belastung über die für die Besoldungserhöhung der Reichsbeamten erforderlichen Mittel hinaus kategorisch ab, aus Rücksicht auf die finanzielle Lage, die unbedingt so gehalten werden muß, daß weder Steuererhöhungen noch irgendwelche Handgriffe an der Eisenbahntarifschraube in Kraft zu treten brauchen. Dagegen ist die mehrfach aufgetauchte Befürchtung, daß die Erhöhung der Beamtengehälter in Widerspruch zum Dawes-Plan geraten könnte, durchaus unbegründet. Die Londoner Sachverständigen haben selbst in ihrem Gutachten bereits 1924 mit Erhöhungen der deutschen Beamtengehälter gerechnet, die sich aus der Notwendigkeit, die Lebenshaltung der Beamten auf angemessener Höhe zu halten, ergeben würden. Wenn das also schon damals galt, um wieviel ist es dann erst recht heute richtig, nachdem die Lebenshaltungskosten auf der ganzen Linie eine so beträchtliche Steigerung erfahren haben. Den Beamten ist auf alle Fälle die Aufbesserung, die ihnen winkt und auf die Vorauszahlungen zum 1. Oktober geleistet werden sollen, herzlich zu gönnen.

Nur eine Gefahr bringt die Neuordnung mit sich, auf die auch der Reichsfinanzminister mit eindringlichen Worten hingewiesen hat: die Möglichkeit, daß die plötzlich gehobene Kaufkraft so weiter Kreise eine allgemeine Preissteigerung mit sich bringen könnte. In dieser Hinsicht muß von dem nationalen Gewissen der Wirtschaft im Namen des gesamten deutschen Volkes verlangt werden, daß die Profitsucht einmal energisch ausgeschaltet und an ihre Stelle die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt gesetzt wird. Hört es, alle, die ihr die Möglichkeit habt, die Preise fallen oder steigen zu lassen oder sie auf gleichbleibender Höhe zu halten: Dr. Köhler hat ohne Umschweife gesagt, daß es ein Frevel am Volkswohle wäre, eine solche Gelegenheit, bei der lediglich altes Unrecht gutgemacht wird, zum Schröpfen der ganzen Nation zu benutzen. Von Preisabbau ist ja schon längst keine Rede mehr. Das Wort ist geradezu verpönt, seitdem alle zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen sich als wirkungslos erwiesen haben. Was die schwer ringenden Kreise der Verbraucher verlangen, ist jetzt nur noch das eine, daß nicht noch weitere unerträgliche Bürden auf die sowieso immer knapper werdende Lebenshaltung durch Preiserhöhungen gelegt werden. Möge die Hoffnung nicht täuschen, daß es auch ohne das in Aussicht gestellte eventuelle Eingreifen der Regierung gelingen werde, die Wirtschaftskreise durch den nachdrücklichen Appell an ihre nationale Pflicht von der hemmungslosen Betätigung geschäftlicher Selbstsucht abzuhalten und zur patriotischen Selbstzucht zu veranlassen!

Nach diesem Werke gesetzgeberischer Gerechtigkeit, das keinen längeren Aufschub duldete, gilt es aber, noch eine weitere ähnliche Tat zu tun, die nicht minder dringlich ist. Von den Beamten muß der nächste Schritt zu den Kleinrentnern führen, die noch immer auf das längst mit allem Nachdruck von ihnen geforderte Rentnerversorgungsgesetz warten. Im April dieses Jahres hat der Reichstag von der Regierung eine vorbereitende Denkschrift zu diesem Gesetze verlangt. Die Denkschrift muß jetzt dem Reichstage vorgelegt und dann das Gesetz selbst energisch bis zur raschen Verabschiedung gefördert werden. Man würde es in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verstehen, wenn in dieser brennenden Frage noch ein weiteres verzögerliches Verfahren geübt würde.

Schlagschatten der Besoldungsreform.

Auch hier Kampf Preußens gegen das Reich.

Berlin, 12. Sept. Die Regierungen der Länder werden in den nächsten Tagen Beratungen abhalten, um zu den vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler gestern in Magdeburg dem Mitteldeutschen Beamtentag mitgeteilten Plänen der neuen Besoldungsordnung Stellung zu nehmen. Von seiten der Länder wird erklärt, daß sich diese Verhandlungen recht schwierig gestalten dürften, weil **den Ländern die notwendigen Mittel zur Erhöhung der Besoldung zum Teil fehlen.** Die Länderregierungen werden ferner auch die Frage prüfen, ob sie gemeinsam mit dem Reich Maßnahmen treffen sollen, falls sich herausstellen sollte, daß die Erhöhung der Beamtengehälter zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führe. Im übrigen zeigt sich auch bei diesem Anlaß wieder, daß **Preußen auch in der Beamtenbesoldung eine Möglichkeit sieht, gegen die ihm nicht genehme Reichsregierung vorzugehen.** Nach den Plänen des Reichsfinanzministers sollen die Wehrmachtangehörigen bekanntlich aus dem Rahmen der allgemeinen Besoldungsordnung herausgehoben werden. Preußen hat nun dagegen Einspruch erhoben und, falls diesem Einspruch nicht stattgegeben werde, „Gegenmaßnahmen" angekündigt, die darin bestehen sollen, daß Preußen dann seine Beamten aus eigenen Mitteln soweit besser stellt, daß sie den Offizieren wieder gleichkommen. **Es liegt auf der Hand, daß durch solche Treibereien das ohnehin recht schwierige Werk der Neuregelung der Beamtenbesoldung noch weiter kompliziert wird.**

Besoldungsreform auch für Reichsbahnbeamte

Berlin, 12. Sept. Die Reichsbahn wird der von der Reichsregierung beschlossenen Besoldungsreform auch für ihre Beamten folgen. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird in etwa 14 Tagen zusammentreten, um die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Eine Erhöhung der Beamtenbezüge, wie sie für die Reichsbeamten beschlossen worden ist, bedeutet bei gleichem Vorgehen für die Beamten der Reichsbahn eine Mehrausgabe von 180 Millionen Mark und darüber.

Die deutsche Reichsangehörigkeit.

Ein demokratischer Reichstagsantrag.

Berlin, 12. Sept. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, hat die demokratische Fraktion im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, der für ganz Deutschland ein einheitliches Bürgerrecht einführt und die besonderen staatsrechtlichen Landesangehörigkeiten durch die Reichsangehörigkeit ersetzt. Der Entwurf, der übrigens verfassungsändernden Charakter hat, sieht u. a. auch noch vor, daß Deutschösterreich unter gewissen Voraussetzungen ein im Verwaltungszuge verfolgbarer Rechtsanspruch auf die Einbürgerung in Deutschland gewährt werden soll, während sie gleichzeitig die österreichische Staatsangehörigkeit beibehalten können. (W. T. B.)

Roßbachs Haftentlassung erneut bestätigt.

Berlin, 12. Sept. Gegen die Haftentlassung Roßbachs hatte der Oberstaatsanwalt von Schwerin eine Beschwerde eingelegt, mit der sich gestern das Mecklenburger Oberlandesgericht zu beschäftigen hatte. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu dem Beschluß, daß der Antrag des Oberstaatsanwalts zurückzuweisen sei und daß die Haftentlassung Roßbachs zu Recht bestehe. (T. U.)

Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereinstag.

Stettin, 12. Sept. Zu dem 3. Reichsbundtag des Bundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine waren aus verschiedenen Teilen des Reiches, namentlich auch aus Mitteldeutschland, Sonderzüge mit Teilnehmern eingetroffen. Im Beisein des Generalfeldmarschalls v. Mackensen, der den vaterländischen Vereinen den Gruß des Kaisers überbrachte, fand ein Festgottesdienst statt, verbunden mit der Weihe von 15 Vereinsfahnen. Anschließend fand eine vaterländische Kundgebung statt, bei der der Dozent an der Handelshochschule in Leipzig **Dr. Fuchs** über „Arbeiterrecht und Organisationsfreiheit" und der Vorsitzende des Bundes, **Landtagsabgeordneter Wilhelm Schmidt**, über „Werksgemeinschaft und Organisationsfreiheit" sprachen.

In der Delegiertenversammlung des Reichsverbandes vaterländischer Arbeitervereine legte der Bundesvorsitzende die Richtlinien für die kommende Arbeit dar und stellte fest, daß sich der N. v. A. mitten im Generalangriff von seiten seiner Gegner im Abwehrkampf befindet. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Mitgliederstand des N. v. A. in günstiger Fortentwicklung begriffen ist.

Der Geschäftsbericht hebt besonders den Kampf um die Gleichberechtigung vor der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung hervor und bezeichnet als wesentlichen Erfolg seiner Aufklärungsarbeit die Herbeiführung der Tariffähigkeit der Werkvereine. In einigen Industrierevieren, wie z. B. von Groß-Berlin, Lausitz, Mitteldeutschland, Pommern und Freistaat Sachsen, ist der N. v. A. die zweitstärkste Arbeiterinteressenvertretung. Bei den letzten Betriebsratswahlen wurden annähernd 1000 Vertreter des N. v. A. gewählt.

Der Bundesschatzmeister, Landtagsabgeordneter Albert Wiedemann, wies insbesondere scharf die Angriffe, daß der N. v. A. finanziell nicht unabhängig sei, unter lebhafter Zustimmung aller Delegierten zurück. Die Ausführungen der Führer des N. v. A. wurden mit brausendem Jubel und lebhafter Zustimmung von seiten aller Delegierten aufgenommen, insbesondere die Feststellung des Bundesführers, daß die werksgemeinschaftlichen Arbeiter keine Unternehmerknechte, sondern zielbewußte Kämpfer für die deutsche Befreiung sind.

Die Witterungsschäden für die Landwirtschaft.

Landwirtschaftliche Notstandsinterpellationen

im Preußischen Landtag.

Berlin, 12. Sept. Die durch die wochenlangen Regengüsse angerichteten großen Ernteschäden bilden den Gegenstand von Interpellationen, die sowohl die Deutschnationalen als auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum im Preußischen Landtag eingebracht haben. In der deutschnationalen Interpellation (Abg. von Winterfeld und Genossen) wird darauf hingewiesen, daß die schweren Böden besonders stark gelitten haben. **Kaum die Hälfte der Ernte ist eingebracht.** Große Flächen Getreide stehen heute noch auf dem Halm. Auswuchs und Ausfall sind bedeutend. Besonders auf dem Gebiete der **Hackfrüchte** sind die Wetterschäden **von verheerender Wirkung** gewesen. Da infolge der späten Ernte und des Zustandes der Böden die rechtzeitige und ordnungsmäßige Herbstbestellung in Frage gestellt ist, so werden sich **starke Nachteile auf Jahre hinaus** bemerkbar machen. Es wird deshalb angefragt: Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um den in äußerster Bedrängnis befindlichen Landwirten zu helfen? Ist es im besonderen bereit, vorbehaltlich weiterer späterer Maßnahmen **in allen Notstandsgebieten** sofort **Steuer- und Zinsstundungen** eintreten zu lassen bzw. zu erwirken?

Die volksparteiliche Interpellation betont besonders die starken **Fäulniserscheinungen bei den Kartoffeln, deren Winterhaltbarkeit in Gefahr ist.** Die voraussichtliche Gesamternte an Kartoffeln wird nach den bisherigen Schätzungen 36 Millionen Tonnen betragen. Davon werden nur etwa 7 Prozent zu Spiritus, Stärke und Trockenware verarbeitet. Etwa 30 Prozent werden zu Speisezwecken verwendet, etwa 13 Prozent zur nächstjährigen Aussaat. Zu Futterzwecken werden also 50 Prozent, etwa 18 Millionen Tonnen, zur Verfügung stehen, deren vollständige Haltbarmachung lediglich durch das Veredelungsverfahren, die Trocknung, sei es Flockung oder Schnitzelung oder Brikettierung, möglich ist, da auch das Einsäurungsverfahren nur als Notbehelf und nicht ausreichend erscheint. Da Trocknungsanstalten mangeln, sind bisher jährlich bis höchstens 1 Prozent getrocknet worden. **Die Sicherung der etwa 18 Millionen Tonnen Futterkartoffeln, des nährstoffreichsten und gesündesten Futters für den deutschen Viehbestand, ermöglicht stärkste Ersparnis der Einfuhr ausländischer Futtermittel, die bisher die Handelsbilanz belastete.**

Es wird nun gefragt, ob die Regierung bereit sei, beschleunigt Verhandlungen mit der Reichsregierung zu führen zum Bau von Kartoffelveredelungsanstalten, besondere amortisable Kredite bereitzustellen, ähnlich wie es in der Zeit der Nahrungsmittelnot im Kriege geschehen sei, damit künftig die Erhaltung der Futterkartoffelerzeugung gewährleistet wird. Ferner wird gefragt, ob die preußische Regierung bereit sei, sich auch ihrerseits an diesen Hilfsmaßnahmen zu beteiligen.

Die **Zentrumsinterpellation** schließt sich im wesentlichen an die deutschnationale an.

Konstituierung der deutschen Bauernschaft.

Berlin, 11. Sept. Im Reichstagsgebäude tagte dieser Tage die beauftragte Vertretung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe des Bayrischen Bauernbundes und des Deutschen Bauernbundes. Sie vollzog die endgültige Konstituierung der Deutschen Bauernschaft. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt die Herren Fehr und die Landwirte Ewers (Sachsen), Hildebrandt (Schlesien), Barth (Pommern), Kuhr (Emsland) und Reiners (Hannover).

Eröffnung der Tagung für wirtschaftliches Bauen.

Stuttgart, 12. Sept. Der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen, **Regierungsbaurat Stegemann**, Dresden, eröffnete in Anwesenheit der Staatsminister Bolz und Dehlinger die Deutsche Tagung für wirtschaftliches Bauen in Stuttgart, zu der gegen 900 Vertreter der deutschen Fachwelt, Bauwirtschaft und Technik, an der Spitze sämtliche Reichsministerien und die Vertreter aller Länderregierungen, erschienen waren. Regierungsbaurat Stegemann konnte unter lebhaftem Beifall ein großzügig angelegtes Arbeitsgebiet darlegen, das die Notwendigkeit einer gewissen Rationalisierung und konstruktiven wie wirtschaftlichen Umstellung der Technik wie der Bauwirtschaft und des Baubetriebes zeigte. Die Vertreter der Reichsregierung, der Länderregierungen und der großen Fachverbände gaben die lebhafte Zustimmung dieser Kreise zum Ausdruck.

Das Völkerbundsbudget für 1923.

Genf, 12. Sept. Das Völkerbundsbudget für das Jahr 1923, mit dem sich heute die vierte Kommission zu beschäftigen hat, beläuft sich auf 24 879 622 Franken. Auf das Sekretariat und die Organe des Völkerbundes entfallen etwa 13,5 Millionen Franken, auf die internationale Arbeitsorganisation 7,9 Millionen Franken, auf den internationalen Gerichtshof 2,1 Millionen und auf die Gebäude in Genf 1,37 Million Franken. Die Kosten der nächstjährigen Völkerbundsversammlung sind mit 892 000 Franken angesetzt. 75 000 Franken sind für die Ratstagung angesetzt und 1,8 Million für verschiedene Kommissionen und Konferenzen einschl. Reisegelder und Diäten für Sachverständige und Völkerbundsbeamte. Dabei ist noch ein besonderer Posten von 500 000 Franken für unvorhergesehene Ausgaben politischer Art und Budgets enthalten. 7,7 Millionen Franken gehen auf Gehälter und 418 000 Franken auf Kosten der Veröffentlichungen.

Die Völkerbundsanleihe für Griechenland.

Der Bericht des Finanzkomitees an den Rat.

Genf, 12. Sept. Das ständige Finanzkomitee des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat einen Bericht über die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen vorgelegt und gleichzeitig für Griechenland die Aufnahme einer Emissionsanleihe von 9 Millionen Pfund empfohlen. Von dieser Anleihesumme soll ein Drittel für die Flüchtlingsfürsorge, ein Drittel für die Ausgleichung des Budgets und ein Drittel für die Stabilisierung der Währung verwandt werden. Die Verwendung der Anleihe ist also vom Finanzkomitee des Völkerbundes genau festgelegt worden, jedoch ist eine finanzielle Kontrolle der Anleihe wie in Oesterreich und in Ungarn nicht vorgesehen.

Dem Projekt zur Aufnahme einer Emissionsanleihe liegt ein Protokoll zugrunde, das von der griechischen Regierung unterzeichnet ist und in dem sie die vom Finanzkomitee festgelegten Verpflichtungen zur Durchführung der Anleihe übernimmt. Das Finanzkomitee hat ferner einen Statutenentwurf für die neue griechische Emissionsbank ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf soll die Bank eine Golddeckung von 40 Prozent für die Notenausgabe haben.

Englands Stellung zur Schiedsgerichtsfrage.

Ein Interview Chamberlains.

Genf, 12. Sept. Der englische Außenminister **Chamberlain** gab heute vor Pressevertretern Erklärungen über den Standpunkt der englischen Regierung zu den in der Generaldebatte der Vollversammlung behandelten Fragen ab. Chamberlain nahm zuerst zu den Kritiken an den **Sonderbesprechungen** der **Großmächte** Stellung und hob hervor, die **Debatte** der letzten **Tage hätte eine Einigung ergeben und die Atmosphäre der Mißverständnisse, die zu Beginn der Tagung herrschte, sei, wie er hoffe, endgültig zerstreut.** Chamberlain erklärte mit großem Nachdruck, es läge den Teilnehmern dieser Besprechungen völlig fern, in irgendeiner Weise die Kompetenzen des Völkerbundsrates oder der Vollversammlung einzuschränken. Vor einiger Zeit hätte man den Außenministern den Vorwurf gemacht, daß sie nicht zu direkten Aussprachen zusammenträten. Jetzt würden die gegenteiligen Vorwürfe gemacht. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß statt der fortgesetzten Zusendung von schroffen Noten und unliebenswürdigen Telegrammen eine direkte Aussprache am gemeinsamen Tisch weit nützlicher wäre und man hierdurch leichter zu einer Verständigung gelangen werde.

Chamberlain ging sodann zu den Fragen der

Schiedsgerichtsbarkeit

über und betonte, daß hierbei die besondere Lage des englischen Weltreiches berücksichtigt werden müsse. England sei kein zentralisierter, national geschlossener Staat, sondern ein Verband von sechs oder sieben freien Nationen, die das englische Weltreich bildeten. Jeder dieser Teile habe eine autonome Regierung, die für sich selbst verantwortlich sei. Er sei im Völkerbundsrat nur der Vertreter der englischen Regierung und könne namens des englischen Weltreiches Erklärungen nur abgeben, wenn er von den übrigen Regierungen dazu ausdrücklich bevollmächtigt sei. Die englische Regierung sei daher nicht in der Lage, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die von den anderen Regierungen möglicherweise nicht anerkannt werden.

England könnte für sich keinen Schiedsgerichtsvertrag eingehen, denn im Falle einer Ablehnung eines Vertrages durch eine oder die andere Regierung des englischen Weltreiches würde die Einheit des Empire gefährdet werden.

Chamberlain betonte weiter, daß die englische Regierung durchaus den Abschluß von Einzelabkommen zwischen einzelnen Mächten nicht hindern werde. Er wies auf den Locarnopakt hin, der bereits die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien geregelt habe. Wenn das System derartiger Verträge noch weiter ausgebaut werden könnte, so würde es möglich sein, zu einem gegebenen Moment von diesen Einzelverträgen zu einem **allgemeinen Sicherheitspakt** überzugehen. — Chamberlain erklärte sodann, die Politik der englischen Regierung sei auf **die Sicherung des Friedens gerichtet.**

Die englische Regierung habe nichts getan, um den Frieden zwischen zwei Nachbarstaaten zu stören, im Gegenteil überall, wo englische Politik von Einfluß sei, werde sie in den Dienst der großen Ziele des Völkerbundes gestellt. Zweifellos sei ein Krieg nicht völlig unmöglich geworden, aber nach jeder Tagung des Völkerbundes werde es immer schwieriger für einen Staat, den Beginn eines Krieges zu rechtfertigen. Jedenfalls werde der Beginn eines Krieges ohne Zustimmung des Völkerbundes einen Staat auf einen äußerst gefahrvollen Weg führen. Chamberlain wies dann auf die großen Fortschritte hin, die durch den Völkerbund erzielt worden seien. England werde alles tun, um den Völkerbund in seinem großen Werke zu helfen.

Frankreich will Garantien gegen „gewisse Völker".

Painlevés Marne-Rede.

Paris, 12. September. In einer Gedenkrede bei der Erinnerungsfeier in Meaux wies Kriegsminister Painlevé u. a. darauf hin, daß es sich noch immer darum handele, in der Seele der Völker, die sich fast fünf Jahre lang befehdeten, die feste Ueberzeugung zu verankern, daß man die großen Probleme, vor die die zivilisierte Welt gestellt sei, nicht mit Gewalt lösen könne. Erst dann werde Europa die wahre Sicherheit kennen. Die Genfer Debatte liefere den Beweis für die langsame Bildung eines internationalen Bewußtseins. Die Kritik, die von einem Widerspruch zwischen den Schiedsgerichtsbestrebungen Frankreichs und den dadurch notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für die nationale Verteidigung spreche, ermangele des Weitblicks und der Unparteilichkeit, wenn nicht sogar der Ehrlichkeit. Dem Frieden wäre nicht gedient, wenn man den Plänen einzelner Organisationen und Parteien ein offenes Frankreich entgegenstellen würde. Frankreich habe allen Fortschritten des Schiedsgerichtswesens und der Abrüstung stets seine Hand geboten. **Solange internationale Garantien einen etwaigen Urheber von Störungen in Europa nicht fassen könnte, würde ein abgerüstetes Frankreich für „gewisse Völker" nicht ein Beispiel, sondern nur eine Versuchung sein.**

Die Ehrenbreitsteiner Festungswerke gesprengt.

Koblenz, 12. Sept. Wie die Reichsvermögensverwaltung mitteilt, sind nunmehr die Sprengungen der kleinen Befestigungswerke bei Ehrenbreitstein auf der rechten Rheinseite beendet.